NACHRICHTEN
Österreich

Australien erkennt den palästinensischen Staat an - USA zunehmend isoliert

Australien wird im September einen palästinensischen Staat anerkennen, wodurch die USA unter ihren Verbündeten zunehmend isoliert dastehen. Der Artikel behandelt die politischen Implikationen dieser Entscheidung.

Der australische Premierminister Anthony Albanese gab am Montag bekannt, dass Australien im September einen palästinensischen Staat anerkennen wird. Damit reiht sich Australien in eine wachsende Liste westlicher Verbündeter ein, die internationalem **Unmut und Empörung** über die Handlungen Israels im Gazastreifen Ausdruck verleihen.

Anerkennung der Palästinenser durch

Australien

Laut Albanese wird die offizielle Anerkennung während der Generalversammlung der Vereinten Nationen im nächsten Monat erfolgen. „Australien wird das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat anerkennen, basierend auf den Zusicherungen, die Australien von der Palästinensischen Autonomiebehörde erhalten hat“, erklärte er auf einer Pressekonferenz.

Neuseelands Position zur Anerkennung

Am Montag äußerte Neuseelands Außenminister Winston Peters, dass auch sein Land eine Anerkennung eines palästinensischen Staates in Betracht ziehe und eine Entscheidung bei einem Kabinettstreffen im September treffen werde. „Neuseeland hat seit einiger Zeit klar gemacht, dass unsere Anerkennung eines palästinensischen Staates eine Frage des ‚Wann‘, nicht des ‚Ob‘ ist“, sagte Peters in einer Erklärung, und spiegelte damit die Formulierungen wider, die australische Beamte in den Wochen vor der Ankündigung verwendeten.

Internationale Reaktionen auf die Situation im Gaza

Neuseelands Premierminister Christopher Luxon bezeichnete die Situation im Gazastreifen als „absolute humanitäre Katastrophe“ und betonte, dass es „vollständig angemessen“ sei, sich die Zeit zu nehmen, um eine wohlüberlegte Entscheidung zu treffen.

Australien reiht sich damit in die Reihen von **Vereinigtem Königreich**, Frankreich und **Kanada** ein, die ebenfalls im September die Anerkennung eines palästinensischen Staates planen. Dies führt zu einer zunehmend isolierten Position der Vereinigten Staaten gegenüber einigen ihrer engsten Verbündeten in der Verteidigung von Israels eskalierender Militäraktion, die den belagerten Gazastreifen seit nahezu zwei

Jahren verwüstet.

Folgen für das Teilen von Geheimdiensten

Wenn auch Neuseeland diesen Schritt geht, wird das bedeuten, dass vier der fünf Mitglieder des Five Eyes Geheimdienstnetzwerks, zu dem die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada, Australien und Neuseeland gehören, die Palästinenserstaatlichkeit anerkennen werden. Australiens Außenministerin Penny Wong informierte den US-Außenminister Marco Rubio bereits im Vorfeld über die bevorstehende Ankündigung. Eine Übersicht des Telefonats, die von den USA veröffentlicht wurde, erwähnte die Palästinenserstaatlichkeit jedoch nicht.

Forderungen und Bedingungen für die Anerkennung

Albanese erklärte, Australien habe Zusicherungen vom Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, eingeholt, dass die Hamas in einem zukünftigen palästinensischen Staat keine Rolle spielen werde. Weitere Bedingungen umfassen eine Verpflichtung zur Entmilitarisierung, die Durchführung von allgemeinen Wahlen, die Abschaffung eines „Zahlungssystems für die Familien von Gefangenen und Märtyrern“ sowie Reformen in den Bereichen Governance und Bildung, zusätzlich zu einer „internationalen Überwachung zur Verhinderung von Gewalt und Hassschürens“.

Ein Lösungsansatz für den Nahen Osten

„Eine Zwei-Staaten-Lösung ist die beste Hoffnung der Menschheit, um den Kreislauf der Gewalt im Nahen Osten zu durchbrechen und die Konflikte sowie das Leid und die Hungersnot im Gazastreifen zu beenden“, so Albanese weiter. „Es geht hierbei um viel mehr, als nur eine Linie auf einer Karte zu ziehen. Es geht darum, den Menschen im Gazastreifen eine

Lebensader zu bieten.“

Reaktionen auf den militärischen Ausbau Israels

Kanada und Frankreich haben ebenfalls angekündigt, im September einen palästinensischen Staat zu anerkennen, wenn sich die Weltführer in New York zur UN-Generalversammlung treffen. Das Vereinigte Königreich hat ebenfalls erklärt, dass es dies tun wird, sofern Israel bestimmte Bedingungen erfüllt, unter anderem einen Waffenstillstand im Gazastreifen zustimmt.

Am Sonntag gab der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu eine seltene Pressekonferenz mit internationalen Medien, in der er die Schritte westlicher Nationen zur Anerkennung der palästinensischen Staatlichkeit als „beschämend“ bezeichnete. „Es ist enttäuschend, dass europäische Länder und Australien in dieses Kaninchenloch hineinmarschieren und diese Täuschung akzeptieren“, sagte Netanyahu. „Aber das wird unsere Position nicht ändern. Wir werden keinen nationalen Selbstmord begehen, um für zwei Minuten eine gute Meinung zu erhalten.“

Der Kampf um eine friedliche Lösung

Wong erklärte: „Wir können nicht weiterhin dasselbe tun und auf ein anderes Ergebnis hoffen. Wir können nicht weiter auf das Ende eines Friedensprozesses warten, der zum Stillstand gekommen ist.“ Sie betrachtete die Entscheidung als eine Möglichkeit für Australien, „zu einer Bewegung in Richtung zwei Staaten“ beizutragen, die sie als „die einzige Aussicht auf Frieden“ bestätigte.

Israel gab am Freitag die Ausweitung seines Krieges im Gazastreifen bekannt, mit einem geplanten **militärischen Übergriff** auf die Stadt Gaza, der voraussichtlich die Zwangsevakuierung von bis zu einer Million Menschen zur Folge

haben wird.

Internationale Besorgnis über die humanitäre Krise

Die Vereinten Nationen und Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrats haben den Plan verurteilt, indem sie erklärten, er würde zu „einer weiteren Katastrophe“ führen und „weiterhin internationale Gesetze verletzen“. Ramesh Rajasingham, der Leiter des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) in Genf, sagte, dass das, was sich im Gazastreifen abspiele, „keine drohende Hungerkrise mehr ist – das ist pure Hungersnot“.

Im letzten Monat warnte das von den UN unterstützte Lebensmittel-Sicherheitsamt Integrated Food Security Phase Classification (IPC), dass „das schlimmste Szenario einer Hungersnot“ sich im Gazastreifen abspiele. Hungerbedingte Todesfälle nehmen im Enklave zu, besonders bei Kindern. Rajasingham informierte den UN-Sicherheitsrat, dass seit Oktober 2023 98 Kinder an schwerer akuter Mangelernährung gestorben sind, darunter 37 seit dem 1. Juli.

Israel sieht sich wachsender **globaler Verurteilung** über sein Verhalten im Gazastreifen ausgesetzt, wobei große Proteste in wichtigen Städten, einschließlich London und Sydney, ausgebrochen sind. Die Menschen demonstrieren ihre Empörung über die Hungersnot in dem Gebiet. Über 460 Menschen wurden bei einem massiven Protest in London am Samstag festgenommen, und in der vergangenen Woche marschierten mehr als 90.000 Menschen über die **Sydney Harbour Bridge**, um gegen die humanitäre Krise im Gazastreifen zu protestieren. Veranstalter schätzten die Zahl auf nahezu 300.000 und planen weitere Proteste in diesem Monat.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at